



Das ist Integrations- verweigerung per Gesetz

Sabine Berninger: „Damit werden Vorbehalte und Vorurteile befördert und verfestigt“

„Integration, so schreibt es die Bundesregierung im Gesetzentwurf, sei Aufgabe nicht nur jedes einzelnen nach Deutschland kommenden Menschen, sondern auch Aufgabe des Staates und der Gesellschaft. „In der Schule könnte man sagen: Thema verfehlt, setzen. Für dieses Gesetz muss man konstatieren, dass es durch seine disziplinierende und pauschal mangelnden Integrationswillen unterstellende Ausrichtung gesellschaftlich desintegrierend wirkt, Vorbehalte und Vorurteile befördert und verfestigt. Exakt das Gegenteil von dem, was man vorgibt, erreichen zu wollen“, fasste Sabine Berninger, Sprecherin der Thüringer Linksfraktion für Flüchtlings- und Integrationspolitik, die Kritik am jetzt beschlossenen so genannten Integrationsgesetz zusammen.

In ein Integrationsgesetz gehörten solche Maßnahmen, wie Orientierungs- und Sprachkurse von Anfang an, um das Ankommen zu erleichtern. Oder die Unterstützung bei der Übernahme von Aufwendungen für Übersetzungen, um, wie im Referentenentwurf noch argumentiert, eine Ungleichbehandlung gegenüber freizügigkeitsberechtigten EU-Bürgerinnen und -bürgern aufzuheben.

„Tatsächlich integrationsfördernde Regelungen machen aber nur einen Bruchteil der im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen aus“, kritisierte die Abge-

ordnete. Es überwiegen Ausgrenzung, Einschränkungen sowie Verbote und Strafen. Sabine Berninger verwies darauf, dass Geflüchtete in langen Asylverfahren und sogar aus Herkunftsländern, für die die Schutzquote bei über 75 Prozent liegt, weiterhin von Ausbildungsbeihilfen sowie von Deutsch- und Integrationskursen und berufsqualifizierenden Maßnahmen ausgeschlossen werden. Kontraproduktiv sei auch die Verkürzung der Anspruchszeit auf Integrationskurse, und die Vergrößerung der Teilnehmerzahlen in Integrationskursen erschwere das Lernen und Lehren in diesen Kursen. Ebenso abzulehnen sei z.B. das Verbot, seinen Wohnsitz frei wählen zu können.

Unvereinbarkeiten mit völkerrechtlichen Vorgaben

Als Ziel hatte die Bundesregierung schwerpunktmäßig eine - bezogen auf den Fachkräftebedarf - dem deutschen Arbeitsmarkt gerecht werdende Qualifizierung der Menschen beschrieben. „Das ins Gesetz umgesetzt, hätte aber auch Verbesserungen bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen bedeuten müssen und die Einbeziehung langjährig geduldeter Flüchtlinge und Schutzsuchender auch aus so genannten sicheren Herkunftsländern in die integrationsfördernden Regelungen“, sagte die LINKE-Politikerin. So aber sei „ein ausschließendes, diskriminierendes Gesetz - bestehend aus Zwangsmaßnahmen und Sanktionsandrohun-

gen - beschlossen worden, mit ausgrenzender Signalwirkung“. Konstruktive Vorschläge der angehörten Fachverbände, auch des Bundesrates, wurden ebenso ignoriert wie verfassungsrechtliche Bedenken. Dazu nannte Sabine Berninger beispielsweise den Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz bezüglich der abgesenkten Aufwandsentschädigung für 'Ein-Euro-Jobs', die für Geflüchtete nun '80-Cent-Jobs' sein werden.

Zudem bestünden ganz offensichtliche Unvereinbarkeiten mit völkerrechtlichen Vorgaben, wie sie die Wohnsitzauflage hinsichtlich der EU-Qualifikationsrichtlinie - sie garantiert in Art. 33 Freizügigkeit - und der Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 26) darstellt. Pro Asyl hatte in seiner Stellungnahme mit Verweis auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs darauf hingewiesen, dass „integrationspolitische Gründe die Wohnortzuweisung nur rechtfertigen könnten, wenn sie keine Ungleichbehandlung zu anderen MigrantInnen-Gruppen bedeuten würde“.

„Besser als dieses Des-Integrationsgesetz zu installieren wäre es, unter Mitwirkung aller maßgeblichen Akteure ein tatsächliches Integrationskonzept zu entwickeln. Auf Thüringer Ebene ist dieser Prozess angestoßen worden. An r2g (Rot-Rot-Grün) ist es nun, alle Gestaltungsmöglichkeiten auszunutzen, um die Mängel des Bundesgesetzes auszugleichen. Wir wollen integrationspolitisch besser sein als der Bund“, betonte Sabine Berninger. ■

KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

Antikorruptionsarbeit

Wie jüngste Ermittlungen im Bereich Nahverkehr zeigen, muss die Antikorruptionsarbeit dringend verbessert werden. Dabei sollten die Aktivitäten - wie von Antilobbyverbänden schon lange verlangt - auch in Thüringen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Eine bloße interne Richtlinie aus dem Jahr 2002 reicht nicht aus. Das zeigt auch die Kritik des Landesrechnungshofs. In der vergangenen Wahlperiode war die Linksfraktion mit ihrem Gesetzentwurf für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz an der Landtagsmehrheit gescheitert.

Jeder Korruptionsverdacht muss so früh wie möglich ausgeräumt werden, denn Korruption ist ein Angriff auf Transparenz und Demokratie, beschädigt das Vertrauen der Bürger in Rechtsstaat und Verwaltung. Wichtige Antikorruptionsmechanismen sind das Mehr-Augen-Prinzip oder die Trennung der Bereiche Beschaffung, Abrechnung und Controlling sowie die turnusgemäße Rotation des Personals in korruptionsgefährdeten Arbeitsbereichen wie der Vergabe öffentlicher Aufträge. Die Antikorruptionsbeauftragten in den öffentlichen Stellen müssen auch wirklich berufen werden und unabhängig, selbstständig und weisungsfrei arbeiten können. Wie LINKE-Anfragen an die damalige CDU-geführte Landesregierung gezeigt hatten, liegt hier schon lange vieles im argen. Korruptionsprävention muss fester Bestandteil der Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst werden. Für alle Arbeitsbereiche der Verwaltung - auch auf der kommunalen Ebene - müssen Analysen zur Korruptionsgefährdung erstellt werden.

Der Aufbau einer flächendeckenden, funktionierenden Innenrevision, wie vom Rechnungshof als Selbstkontrolle der Verwaltung gefordert, ist wichtig, aber nicht ausreichend. Es muss zusätzliche, wirklich unabhängige Kontrollstrukturen geben, das verlangt auch das UN-Abkommen gegen Korruption. Dabei muss geklärt werden, wie diese unabhängig arbeitende Prüfstruktur aussehen soll: Ein Landes-Antikorruptionsbeauftragter oder eine personell breiter aufgestellte Einrichtung, die in der Präventionsarbeit in allen Verwaltungsbereichen aktiv wird. Die CDU-Landesregierungen haben Rot-Rot-Grün leider viele Problembaustellen hinterlassen. Es ist höchste Zeit, auch die Mängel bei der Antikorruption in Thüringen umfassend anzugehen. ■

AKTUELL

Grundsätzliche Baustellen bei Ostrenten bleiben

„Die am 1. Juli vollzogene Rentenerhöhung, so hoch wie lange nicht mehr, ändert leider nichts an den vielen problematischen Baustellen im Bereich Rente, die längst hätten angegangen werden müssen“, sagte Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE.

Das fange schon damit an, dass „viele Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland von dieser Rentenerhöhung faktisch nichts haben. Denn bei ihren Renten findet noch das sogenannte Abschmelzungsverfahren Anwendung, bei dem die Rentenerhöhung verrechnet wird und sich an der tatsächlichen Rentenhöhe nichts ändert. Dieses problematische Rentenübergangsrecht sollte mehr als 25 Jahre nach der Wende zugunsten

einer tatsächlichen Gleichstellung von Ost- und Westrenten zu den Akten gelegt werden“, forderte die Abgeordnete. Zu den offenen Fragen gehörten die Angleichung des immer noch schlechteren Ost-Rentenwertes an Westniveau, damit verbunden die Reform bzw. Abschaffung des Abschmelzungsverfahrens für Ostrenten; die Schließung von systematischen Rentenlücken für bestimmte Berufs- und Personengruppen und die Klärung der Probleme, die in der DDR geschiedene Frauen betreffen.

„Mit dieser lukrativ erscheinenden Rentenerhöhung, ausgerechnet im Jahr vor der Bundestagswahl, lässt sich das Versagen der schwarz-roten Bundesregierung bei der Rente nicht übertünchen. Die genannten Baustellen und noch weitere müssen unbedingt und

unverzüglich angegangen werden, die Verschleppungstaktik der Bundesregierung bei den notwendigen Rentenkorrekturen muss schnellstens beendet werden“, betonte Karola Stange.

Dann werde aber nicht nur die Angleichung der Ostrenten auf der Tagesordnung stehen: „Es geht mittlerweile um die Sicherung einer menschenwürdigen, armutsfesten Rente für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Denn eine Angleichung der Ostrenten an ein völlig demontiertes Rentensystem hilft niemandem. Für die Rettung bzw. den Wiederaufbau eines wirklich sozialen Rentensystems wird sich die LINKE in Thüringen - auch im Rahmen der Regierungsbeteiligung mit Blick auf die Handlungsmöglichkeiten im Bundesrat - weiter einsetzen“, so die Sozialpolitikerin abschließend. ■